

Der englische Patient

In den Kinos läuft ein Film über Margaret Thatcher. Der Rückblick über 40 Jahre aus dem Leben der „eisernen Lady“ – von der Spitze der Macht bis hin in die dunklen Tiefen der Demenz – ruft Einiges in Erinnerung und hat Symbolkraft. Unter Thatcher wurden die zahllosen Einzelgewerkschaften, die die Wirtschaft des Landes gelähmt hatten, in die Schranken gewiesen und unter Thatcher wurde eine Art Turbokapitalismus zur Staatsreligion, der weit über die Grenzen des Landes hinaus nachgebetet wurde.

Einer der Glaubenssätze war „shareholder value“ und der Glaube, dass das freie Spiel der Kräfte auf den Märkten die einzig wahre Gestaltungskraft im öffentlich-wirtschaftlichen Bereich sei. Die Politik möge sich zurückhalten, war die Politik. Aufsätze und Leitartikel bejubelten die Globalisierung mit der Naivität von Abituraufsätzen.

Ein besonderer politischer Erfolg Thatchers war die Aushandlung des so genannten Briten-Rabatts. Auf dem Europäischen Rat 1984 wurde auf ihren Druck hin dem Vereinigten Königreich ein Rabatt auf seine Beitragszahlungen zur EU eingeräumt. Im Jahr 2001 erreichte dieser Rabatt mit 7,3 Milliarden Euro seinen Höhepunkt. 2005 einigte sich die EU – vor allem auf den Druck Frankreichs hin -, diesen Rabatt bis 2013 deutlich zu reduzieren. Trotzdem sind nicht alle Mitgliedsstaaten mit dieser Regelung zufrieden, da sie eine deutliche Bevorzugung Großbritanniens darstellt.

Der Briten-Rabatt wäre in dieser Form wohl kaum von den anderen Mitgliedsstaaten der EU gewährt worden, wenn es in Großbritannien nicht die Euro-Skeptiker gegeben hätte, die der EU mit großem Misstrauen gegenüber stehen und in deren Köpfen wohl noch der Glaube an das Dogma der „Splendid Isolation“ herum spukt. Die „Splendid Isolation“ war nichts anderes als die Zurückhaltung auf dem europäischen Festland, die es dem Königreich gestattete, sich in anderen Ecken der Welt um Aufbau, Erhalt und Ausbeutung des eigenen Kolonialreichs zu kümmern. Jedenfalls herrschte im Rest der EU der politische Glaube, mit dem Briten-Rabatt die Euro-Skeptiker befrieden zu können und die Verärgerung wieder gut zu machen, die entstanden war als General de Gaulle den Briten gleich mehrfach die Tür zur EU vor der Nase zugeschlagen hatte.

Während Thatchers Regierungszeit wuchs der Wettbewerb in der Realwirtschaft, industrielle Konzentrationsprozesse begannen deutlich grenzüberschreitend zu greifen, Entwicklung, Einkauf und Fertigung vernetzten sich weltweit und vielfach konnten Konsumenten von einem immer besser werdenden Angebot und/oder fallenden Preisen profitieren. Gleichzeitig aber kam es auch zu einer Konzentration der Finanzwirtschaft. In den USA zog der Immobilienmarkt in einen Boom, in dessen Folge auf dem Hypothekenmarkt immer schlechter abgesicherte Kredite, verpackt in immer riskantere Finanzprodukte, geschachert wurden. Einer der wichtigsten Finanzplätze außerhalb der USA war und ist die City of London, die sich zum wichtigsten Finanzplatz Europas entwickelte. Die englische Wirtschaft war vom „Thatcherismus“ beflügelt. Für ihre Realwirtschaft war der europäische Binnenmarkt von allerhöchstem Interesse. Parallel – und schnell - wuchs auch die Londoner Bankenwelt, deren Höhenflug jedoch auch mit dem Handel von immer wagemutiger konstruierten Finanzprodukten zu tun hatte. Das ging gut, solange ein solides Wachstum herrschte.

Doch nun herrscht die Schuldenkrise.

Vor dieser Kulisse wird offenbar, daß England unter dem Mißverhältnis leidet, das durch einen aufgeblähten Finanzsektor verursacht wird, hinter dem keine proportional entwickelte Realwirtschaft steht. Der Handel mit allerlei Finanzprodukten ist sexy, solange er von Wachstum getrieben wird; bleibt das Wachstum aus, macht sich sehr schnell Katerstimmung breit.

Der britische Premierminister David Cameron hat im Dezember letzten Jahres versucht, die Interessen des Finanzplatzes London zu wahren und den Spagat zwischen einerseits „in der EU mitmachen“ und andererseits „das Beste für sein Land herauszuholen“ gewagt. Es ging nicht gut. Sein Versuch, für die geplante Transaktionssteuer (sog. Tobin-Tax) eine Ausnahme für die Finanzplatz London zu erhalten, war unter dem Strich eine Bitte nach einem zweiten Briten-Rabatt. Seine brüske Ablehnung an der Bewältigung der Euro-Krise tatkräftig mitzuwirken erinnerte fatal an das Dogma von der „Splendid Isolation“. Thatcher hatte eigentlich schon überzogen, aber damals genoss ihr Land noch Wohlwollen. Nun aber ging den versammelten Staats- und Regierungschefs die bedauernde Absage an den britischen Premier – wen wundert es? - ganz leicht über die Lippen.

Es scheint also dabei zu bleiben, dass bei der Bewältigung der Euro-Krise weiterhin das bewährte Deutsch-Französische Gespann die Hauptarbeit machen muss.

England wäre ein guter dritter Partner in diesem Führungsteam gewesen; die eigentlich von nüchternem Pragmatismus geprägte britische Staatskunst wäre ein bereicherndes Element gewesen.

Andere EU-Länder werden nun in die Nähe der Achse Paris-Berlin rücken um dort Führungsaufgaben innerhalb der EU zu übernehmen. Eines dieser Länder wird schon bald Polen sein.

Unseren Britischen Freunden bleibt die Erkenntnis: Wer Alleinstellung zu Alleinstellungsmerkmal macht, steht allein!

Jüri Martinsen, 14.1.2012